



Pressemitteilung vom 05.04.2013

Nullrunde ein Schlag ins Gesicht der Richter und Staatsanwälte

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte und die Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter sind erbittert über die Absicht des Senats, Bremer Richtern und Staatsanwälten mit der beschlossenen Nullrunde weitere reale Einkommensverluste zuzumuten und sie im Vergleich zu anderen Bundesländern von der Einkommensentwicklung noch weiter abzuhängen. Und dies, obwohl Bremer Richter und Staatsanwälte aufgrund der personellen Unterausstattung der Justiz in Bremen seit Jahren ohnehin schon erheblich mehr belastet sind als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern.

Die Vorsitzende des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte Karin Goldmann: „Mit dieser beabsichtigten Nullrunde wird das einseitige Gestaltungsrecht der Regierung missbraucht und lässt der Senat die hoch belasteten Bremer Richter und Staatsanwälte für die haushaltspolitischen Verfehlungen der Vergangenheit büßen. Das ist beschämend und ein Schlag ins Gesicht für alle Bremer Richter und Staatsanwälte.“

Seit Jahren erbringen Bremer Richter und Staatsanwälte trotz höchster Belastung Spitzenleistungen und engagieren sich mit großem Verantwortungsbewusstsein weit über ihre Dienstpflichten hinaus. Mit der Entscheidung vom gestrigen Tage zeigen Bürgermeister Böhrnsen und Senatorin Linnert, was Ihnen dieses Engagement wert ist: nichts! Richter und Staatsanwälte in Bremen haben in den letzten zehn Jahren bereits reale Einkommensverluste von über 10% hinnehmen müssen und das bei Arbeitszeiten von nicht selten oberhalb von 50 Stunden. Die Grenze des Zumutbaren ist überschritten!

Karin Goldmann: „Die zunehmende Abkoppelung von Richtern und Staatsanwälten von der allgemeinen Einkommensentwicklung ist fatal. Die für die Bremer Justiz dringend benötigten Spitzenkräfte werden sich so für den Beruf des Richters oder Staatsanwalts nicht mehr gewinnen lassen. Dies ist eine Zumutung für die Bürger. Sie erwarten zu Recht, dass der Beruf eines Richters und Staatsanwalts so attraktiv ist, dass die, die ihn ergreifen, zu den Besten eines Jahrganges gehören. Das ist aber dauerhaft nur zu sichern, wenn der Beruf auch angemessen vergütet wird.“

Friedemann Traub: „Der Senat täte gut daran, nach Niedersachsen und Hamburg zu schauen, die jeweils eine Übernahme des Tarifabschlusses angekündigt haben. Im Wettbewerb um den besten juristischen Nachwuchs konkurriert Bremen gerade mit diesen beiden Ländern.“

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte und die Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter fordern die Landesregierung und die Bürgerschaft da-

zu auf, von ihren Planungen Abstand zu nehmen und die Besoldung der Richter und Staatsanwälte des Landes ohne Abstriche in dem Umfang zu erhöhen, wie er mit den Tarifparteien vereinbart worden ist. **Eine funktionierende Justiz gibt es nicht zum Nulltarif!**

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Karin Goldmann, Vorsitzende des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte

Tel: 0421- 3614200

E-Mail: kontakt@richterverein-bremen.de

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte mit seinen über 170 Mitgliedern ist Landesverband des Deutschen Richterbundes, des größten Berufsverbandes der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland.

Friedemann Traub, Vorsitzender der Vereinigung Bremischer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter

Tel.: 0421- 36110535

E-Mail: bremen@bdvr.de

Die Vereinigung Bremischer Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter ist der Landesverband des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen und vertritt die Interessen - gegenwärtig - aller in der bremischen Verwaltungsgerichtsbarkeit beschäftigten Richterinnen und Richter.